

Einbringung des Haushaltsplanentwurfes 2025/2026

Sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen,

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Aufstellung des Haushalts steht in diesem Jahr unter einer besonderen Voraussetzung: Erstmals handelt es sich um einen Doppelhaushalt. Die Haushalte für die Jahre 2025 und 2026 sind zugleich die letzten, die der aktuelle Rat in dieser Wahlperiode verabschieden wird. Bevor wir uns den Zahlen widmen, möchte ich einen kurzen Rückblick geben.

In der letzten Wahlperiode gab es zuletzt zwei Haushaltsjahre ohne Genehmigung, was erhebliche negative Folgen für unsere Stadt sowie für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Stadtverwaltung hatte. Gemeinsam ist es uns gelungen, wieder genehmigungsfähige Haushalte aufzustellen. In den vergangenen zwei Jahren konnten wir diese sogar mit einem kleinen Überschuss verabschieden.

Im Jahr 2023 erhielt die Stadt Hann. Münden erstmals seit fast 20 Jahren eine Bedarfszuweisung des Landes Niedersachsen in Höhe von **5,7 Millionen Euro**.

Dank dieser Unterstützung, kombiniert mit überdurchschnittlichen Gewerbesteuereinnahmen, der nötigen Haushaltsdisziplin und einer vorausschauenden Finanzpolitik unserer Kämmerei, konnte der Gesamtschuldenstand der Stadt in den vergangenen drei Jahren von **53 Millionen Euro** um etwa **23 Millionen Euro** auf rund **30 Millionen Euro** gesenkt werden.

In der Zeit vom 1. November 2021 bis zum 31. Dezember 2024 gelang es, die langfristigen Investitionskredite der Stadt um **1,3 Millionen Euro** zu reduzieren. Gleichzeitig konnte die Liquiditätskreditverschuldung, welche idealerweise nur vorübergehend bestehen sollte, in diesem Zeitraum um beeindruckende **21,8 Millionen Euro** verringert werden. Ohne diese starke Reduzierung hätte ein Zinssatz von 3 Prozent über 1,5 Jahre, von Juli 2023 bis Dezember 2024, zu einem Zinsaufwand von **675.000 Euro** geführt; stattdessen konnte im selben Zeitraum ein Zinsertrag von knapp **700.000 Euro** erzielt werden.

Die erfreuliche Entwicklung der vergangenen drei Jahre kann leider nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Blick in die Zukunft weniger optimistisch ausfällt.

Steigende Zinsen könnten zu erheblichen finanziellen Belastungen führen, während stark rückläufige Gewerbesteuererinnahmen massive Herausforderungen bei der Erstellung zukünftiger Haushalte mit sich bringen würden. Tariferhöhungen im öffentlichen Dienst treiben die Personalkosten in die Höhe. Der über Jahrzehnte entstandene Investitionsstau, gepaart mit den in den vergangenen Jahren stark gestiegenen Kosten, setzt unsere Stadt zunehmend unter Druck und erschwert die Realisierung dringend notwendiger Maßnahmen. Die Instandhaltung und Sanierung von Straßen, Brücken, Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden wird angesichts der gestiegenen Baukosten zu einer finanziellen Herausforderung. Größere Projekte sind für kleinere Kommunen ohne Förderprogramme von Bund und Land inzwischen kaum noch realisierbar. Fördermaßnahmen erfordern Eigenmittel, die wiederum vom städtischen Haushalt getragen werden müssen.

Zudem werden viele dieser Projekte im Laufe der Zeit erheblich teurer, als ursprünglich geplant. Ein negatives Beispiel hierfür ist die Neugestaltung des Rattwerders: Zu Beginn der Planungen wurde mit Kosten von **1,5 Millionen Euro** gerechnet. Bei einer bewilligten Förderung von 90 Prozent hätte der Eigenanteil der Stadt bei etwa **152.500 Euro** gelegen.

Nun, drei Jahre später, und kurz vor dem geplanten Beginn der Maßnahme im Frühjahr nächsten Jahres, hat sich nach Detailplanung und durch die erwähnten Kostensteigerungen die Gesamtsumme des Projekts auf **2,6 Millionen Euro** verdoppelt. Dadurch sank die effektive Förderquote von 90 Prozent auf 52,4 Prozent, und die Belastung des Haushalts erhöhte sich von den ursprünglich geplanten **152.500 Euro** auf rund **1,3 Millionen Euro**.

Ein ähnliches Bild zeigt sich beim Rathaus. Bisher sind in die Sanierung bereits rund **6 Millionen Euro** investiert worden. Hier stehen uns noch zwei bewilligte Förderbescheide für die Sanierung der oberen Rathaushalle über **384.000 Euro** und der Fassade über **873.000 Euro** zur Verfügung, welche in den kommenden Jahren umgesetzt werden müssen. Der Eigenanteil für diese Maßnahmen beträgt 50 Prozent und somit **1,3 Millionen Euro** und auch hier wird aufgrund nicht vorherzusehender Kosten mit zusätzlichen Belastungen für den Haushalt zu rechnen sein.

Neben dem Rattwerder und dem Rathaus gibt es weitere in der Umsetzung noch offene Förderbescheide: für den Neubau des Feuerwehrhauses Gimte/Volkmarshausen, die Gestaltung des oberen Schlossplatzes, das Projekt Hochwasserschutz Schede

sowie den Grün-Blauen Ring. Diese Vielzahl an bewilligten Maßnahmen zeigt, wie erfolgreich wir bei der Einwerbung von Fördermitteln waren. Da die Fördermaßnahmen an feste Fristen gebunden sind, müssen diese priorisiert abgearbeitet werden, damit Rückzahlungen vermieden werden. All diese Projekte müssen zusätzlich zu den laufenden Aufgaben umgesetzt werden. Beispiele hierfür sind die Unterhaltung unserer Grundschulen, Kitas und Feuerwehrhäuser, des Geschwister-Scholl-Hauses, der Dorfgemeinschaftshäuser sowie der historischen Mauern und Türme und der Tillyschanze. Gleichzeitig sind wir verpflichtet, unserer Verkehrssicherungspflicht bei Straßen und Brücken nachzukommen. Allein die erforderlichen Baumpflegearbeiten verursachen jährlich Kosten von bis zu **250.000 Euro**.

Zusätzlich stehen wir vor weiteren Herausforderungen, wie der dringend notwendigen Modernisierung unseres Fuhrparks für Feuerwehr und Bauhof sowie dem erheblichen Sanierungsbedarf unserer Verwaltungsgebäude. In einigen dieser Gebäude gibt es weder warmes Wasser noch klares Wasser – ein unhaltbarer Zustand, der dringend behoben werden muss.

All diese Maßnahmen erfordern nicht nur erhebliche finanzielle Mittel, sondern auch die tatkräftige Umsetzung durch unser Personal.

Hier spüren wir immer deutlicher, wie stark der Wettbewerb um Fachkräfte zugenommen hat. Seit über zwei Jahren suchen wir beispielsweise einen Tiefbauingenieur – trotz intensiver Bemühungen konnten wir diese Stelle bislang nicht besetzen. Selbst für lukrative Positionen wird es zunehmend schwieriger, geeignete Bewerber zu finden. Hinzu kommt, dass uns in den nächsten Jahren einige langjährige Kolleginnen und Kollegen verlassen werden, deren Erfahrung nicht einfach so kompensiert werden kann.

Der Fachkräftemangel spitzt sich in vielen Bereichen weiter zu, während die Erwartungen an die Kommunen weiter zunehmen. Hierzu zählen die Anforderungen durch den Klimawandel mit Investitionen hinsichtlich der Umstellung auf erneuerbare Energien und die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude. Maßnahmen zur Anpassung an Extremwetterereignisse wie Hochwasser und Starkregen. Auch die Digitalisierung der Verwaltung ist dringend notwendig, um effizienter und bürgerfreundlicher zu arbeiten. Gleichzeitig bedeutet dies erhebliche Investitionen in Technologie, IT-Sicherheit und die Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zudem soll die Stadtverwaltung Kinder und sozial Schwächere

unterstützen, unsere Dörfer lebenswert erhalten und die Innenstadt sowie die gesamte Infrastruktur vor dem Verfall bewahren.

Es wird gefordert, dass wir den Radverkehr fördern und die Stadt fahrradfreundlicher gestalten.

All diese Herausforderungen sollen möglichst ohne Erhöhung der Gebühren und Entgelte für städtische Leistungen bewältigt werden.

Die Realität sieht jedoch anders aus: Um diese vielfältigen Anforderungen zu erfüllen, benötigen wir nicht nur finanzielle Ressourcen, sondern auch ausreichend qualifiziertes Personal. Vor allem aber wird keine dieser zusätzlichen Aufgaben dazu beitragen, unsere finanziellen Belastungen zu reduzieren. Im Gegenteil: sie werden unsere Aufwendungen weiter erhöhen und den kommunalen Haushalt zusätzlich belasten.

Die finanzielle Situation unserer Stadt ist seit vielen Jahren durch eine hohe Verschuldung geprägt, die auf Altlasten aus der Vergangenheit zurückgeht und es bisher unmöglich gemacht hat, den Schuldenstand zu reduzieren.

Unsere Einnahmen, insbesondere aus der Gewerbesteuer, waren in den vergangenen Jahren erfreulich hoch. Es ist jedoch wichtig

anzumerken, dass wir über die Kreisumlage rund **17,5 Millionen Euro**, also etwa 33 Prozent unserer Gesamteinnahmen, an den Landkreis Göttingen abführen müssen.

Auf der Ausgabenseite stehen vor allem die übertragenen Pflichtaufgaben im Fokus, die das Einsparpotenzial stark begrenzen. Bund und Land überladen die Kommunen zunehmend mit staatlichen Aufgaben und Rechtsansprüchen, ohne für eine auskömmliche und nachhaltige Finanzierung zu sorgen. Neue Aufgaben, Vorschriften und Reglementierungen treffen auf unzureichende finanzielle Mittel und fehlendes Personal. Mit enormer Kraftanstrengung stemmen wir Investitionen in KiTas, Ganztagsbetreuung, Digitalisierung und die Energiewende – alles Maßnahmen, die uns von Bund und Land auferlegt wurden. Doch die Unterstützung bleibt aus.

Stattdessen sehen wir uns immer mehr kleinteiligen Vorgaben und zusätzlichen Belastungen ausgesetzt. Die spürbaren Auswirkungen großer gesellschaftlicher Herausforderungen zeigen sich besonders auf kommunaler Ebene und haben einen direkten Einfluss auf das Leben der Menschen vor Ort. Die Kommunen dürfen nicht weiter überfordert werden – wir brauchen dringend mehr Unterstützung,

statt immer neuer Vorgaben und Aufgaben, die wir allein kaum noch bewältigen können.

Unsere zukünftigen Entscheidungen müssen sich vor allem daran orientieren, was wir uns langfristig tatsächlich leisten können. Dabei sollten wir uns bewusst machen: Alles, was wir zusätzlich anstreben, erfordert auch zusätzliche Ausgaben. Das stellt uns vor einen Zielkonflikt, insbesondere mit Blick auf die Notwendigkeit, einen ausgeglichenen Haushalt zu gewährleisten.

Damit kommen wir zu den Eckdaten des Haushaltsentwurfs für 2025/26. Der Haushaltsplan sieht für das Jahr 2025 Erträge in Höhe von **51,2 Millionen Euro** und für 2026 von **52,1 Millionen Euro** vor. Die geplanten Aufwendungen belaufen sich auf **55,4 Millionen Euro** im Jahr 2025 und **55,9 Millionen Euro** im Jahr 2026.

Dies führt im Ergebnishaushalt zu einem erwarteten Defizit von **4,2 Millionen Euro** für 2025 und **3,8 Millionen Euro** für 2026.

Die Entwicklung der mittelfristigen Finanzplanung lässt erwarten, dass die auflaufenden Fehlbeträge auf längere Sicht weiter zunehmen werden. Die Risiken, dass äußere, nicht vorhersehbare Faktoren das Ergebnis zusätzlich negativ beeinflussen, sind hoch.

Für das Jahr 2025 plant die Stadt Investitionen in Höhe von **7,42 Millionen Euro**, während für 2026 Investitionen von **8,36 Millionen Euro** vorgesehen sind. Für das Jahr 2025 stehen voraussichtlich etwa **1,66 Millionen Euro** an Finanzierungsmitteln zur Verfügung, während im Jahr 2026 mit rund **1,69 Millionen Euro** gerechnet werden kann.

Daraus ergibt sich ein Finanzierungsbedarf, der eine Kreditaufnahme von **5,8 Millionen Euro** für 2025 und **6,7 Millionen Euro** für 2026 erforderlich macht. Dies führt zu einer Nettoneuverschuldung von **4,3 Millionen Euro** im Jahr 2025 und **5,1 Millionen Euro** im Jahr 2026 – insgesamt also **9,4 Millionen Euro** für den Zeitraum 2025/26.

Eine Nettoneuverschuldung ist unvermeidlich, um die dringend notwendigen Maßnahmen zu finanzieren. Diese sind unerlässlich, um die Lebensqualität in unserer Stadt auf einem akzeptablen Niveau zu sichern und zu erhalten.

Der Finanzhaushalt weist für die Jahre 2025 und 2026 Fehlbeträge aus der laufenden Verwaltungstätigkeit in Höhe von **130.000 Euro** beziehungsweise **609.000 Euro** aus.

Dank unerwartet hoher Geldzuflüsse im Haushaltsjahr 2023 konnten Liquiditätskredite in Höhe von **7,5 Millionen Euro** im Jahr 2023 und weiteren **8,8 Millionen Euro** im Jahr 2024 abgebaut werden. Dadurch wird der Stand der Liquiditätskredite zum 31. Dezember 2024 auf **11,2 Millionen Euro** reduziert.

Ab dem Haushaltsjahr 2025 zeichnet sich jedoch ab, dass ein Teil der allgemeinen Verwaltungstätigkeiten durch Liquiditätskredite finanziert werden muss. Zudem wird die Tilgung der langfristigen Investitionskredite voraussichtlich nur durch die Aufnahme zusätzlicher Liquiditätskredite möglich sein.

Die finanzielle Situation gestaltet sich in den kommenden Jahren, äußerst kritisch. Die geplanten Investitionen werden zu einer noch höheren Nettoneuverschuldung führen. Ein wesentlicher Faktor hierfür ist die Tiefbaumaßnahme „Ausbau des Philosophenwegs“, die über die Jahre 2026 bis 2027 veranschlagt ist und Gesamtkosten von über **12 Millionen Euro** verursacht.

Dieses Projekt verdeutlicht eindrucksvoll, welche Konsequenzen jahrelanges Aufschieben notwendiger Maßnahmen haben kann. Statt Einsparungen zu erzielen, führt ein solches Vorgehen langfristig zu immer größeren Belastungen – sowohl finanziell als auch organisatorisch. Es zeigt, wie wichtig es ist, frühzeitig zu handeln, um solche Entwicklungen in Zukunft zu vermeiden.

Hinzu kommt in Jahren 2025 und 2026 die Finanzierung des Feuerwehrhauses Gimte/Volkmarshausen mit Kosten von **2,5 Millionen Euro**. Zwar erhielt die Stadt Hann. Münden hierfür im Jahr 2023 eine Sonderbedarfszuweisung in Höhe von **1 Million Euro**, dennoch trägt dieses Projekt ebenfalls zur langfristigen Verschuldung bei.

Besonders problematisch ist, dass auch in den kommenden Jahren der Tilgungsdienst für die langfristigen Kredite teilweise nur durch die Aufnahme von Liquiditätskrediten geleistet werden kann. Dies verdeutlicht die Dringlichkeit einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Finanzpolitik.

Die im Haushalts- und Finanzplanungszeitraum 2025 bis 2029 vorgesehenen Investitionen führen insgesamt zu einer

Nettoneuverschuldung von über **16,6 Millionen Euro**. Dies kommt zu den potenziellen Kreditaufnahmen aus den Haushaltssatzungen der Jahre 2023 und 2024 hinzu.

Die bestehenden Investitionskredite werden sich zum 31. Dezember 2024 auf einen Betrag von unter **19 Millionen Euro** belaufen.

In den Jahren 2023 und 2024 konnte die Stadt außergewöhnlich hohe Gewerbesteuereinnahmen verzeichnen. Auch die aktuellen Planwerte für 2025 und 2026 liegen mit **16,5 Millionen Euro** beziehungsweise **16,9 Millionen Euro** weiterhin über den bisher angesetzten Gewerbesteuererträgen der vergangenen Jahre. Dennoch lässt sich daraus nicht ableiten, dass in den kommenden Jahren vergleichbar hohe Einnahmen erzielt werden können. Ein deutlicher Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen würde erhebliche Herausforderungen bei der Aufstellung zukünftiger Haushalte mit sich bringen.

Die von der Stadtverwaltung nur teilweise beeinflussbaren Parameter umfassen insbesondere die Personalaufwendungen, die in den Jahren 2025 und 2026 bei rund **17,9 Millionen Euro** und **17,5 Millionen Euro** liegen, wobei etwa **1,8 Millionen Euro** davon für

Rückstellungen vorgesehen sind. Außerdem fallen Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen von jeweils rund **6 Millionen Euro** an.

Hinzu kommen die Kreisumlage, die 2025 mit **17,4 Millionen Euro** und 2026 mit **17,8 Millionen Euro** zu Buche schlägt, sowie die Gewerbesteuerumlage von jeweils **1,3 Millionen Euro** in beiden Jahren. Ein weiterer bedeutender Kostenfaktor sind die KiTas, deren Ausgaben mit rund **6,7 Millionen Euro** in 2025 und **6,8 Millionen Euro** in 2026 veranschlagt sind.

Diese fünf Positionen allein belaufen sich im Jahr 2025 auf rund **49,3 Millionen Euro** und im Jahr 2026 auf **49,4 Millionen Euro**, was etwa 89 Prozent der Gesamtaufwendungen des Haushalts entspricht.

Liebe Ratsmitglieder, ab morgen steht Ihnen der Haushaltsplanentwurf 2025/2026 zur Verfügung. Ein entsprechender Link wird Ihnen zeitnah bereitgestellt. In den bevorstehenden Haushaltsberatungen sind wir alle gefordert, gemeinsam richtungsweisende und notwendige politische Entscheidungen zu treffen – stets im Interesse und zum Wohl aller Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

Wie bereits erwähnt, verbleiben neben den genannten fünf Positionen lediglich etwa **5,4 Millionen Euro**, um die restlichen Aufgaben zu bewältigen und die bestehende Infrastruktur in der Stadt sowie in den Dörfern zu erhalten. Der finanzielle Spielraum für weitere Ausgabenkürzungen ist daher äußerst eingeschränkt.

Mögliche Maßnahmen, die wir alle vermeiden möchten, könnten beispielsweise die Schließung von Grundschulen, der Verkauf des Stadtwaldes, die Stilllegung des Freibades, die Schließung des Geschwister-Scholl-Hauses, der Verkauf von Dorfgemeinschaftshäusern, der Verzicht auf Tourismusmarketing, eine Reduzierung des Buslinienangebots oder eine mittel- bis langfristige Verringerung des Personals umfassen.

Gerade Letzteres hätte spürbare Folgen: Viele wissen aus Erfahrung, was es bedeutet, wenn das Einwohnermeldeamt, das Grünflächenamt, der Bauhof oder das Bauamt auch nur vorübergehend unterbesetzt sind. Weniger Personal führt zwangsläufig zu einer geringeren Leistungsfähigkeit – und folglich zu einem schlechteren Service für Bürgerinnen und Bürger, Touristen, Gewerbetreibende und Unternehmen.

Eine generationengerechte Kommunalpolitik geht weit über das Ziel hinaus, zukünftigen Generationen keinen Schuldenberg zu hinterlassen. Sie bedeutet auch, ihnen eine lebenswerte Stadt mit einer funktionierenden Infrastruktur zu schaffen und nachhaltig zu erhalten.

In den kommenden Jahren erwarten uns in vielen Bereichen verschiedenste Herausforderungen, denen wir mit Lösungen begegnen müssen.

Trotz der anhaltend angespannten Haushaltslage wollen wir die finanzielle Handlungsfähigkeit unserer Stadt sichern. Dazu ist es notwendig, klare Prioritäten zu setzen, Einsparungen konsequent umzusetzen und gleichzeitig gezielt in strategisch wichtige Bereiche zu investieren.

Dieser Aufgabe werden wir uns bereits im Rahmen der Haushaltsberatungen stellen müssen, das gilt auch für den Fall, dass der Rat dem Vorschlag des nachfolgenden Tagesordnungspunktes

zustimmt, aus den dort dargelegten Gründen auf ein formales Haushaltssicherungskonzeptes zu verzichten.

Ich bin fest davon überzeugt, dass wir diese Herausforderungen gemeinsam bewältigen können. Der Haushaltsplanentwurf 2025/2026 bietet uns die Grundlage, um einerseits die bestehenden Aufgaben zu bewältigen und andererseits die Zukunft aktiv und nachhaltig zu gestalten.

Lassen Sie uns weiterhin mit Mut, Kreativität und Verantwortungsbewusstsein zusammenarbeiten, um Hann. Münden als lebenswerte und zukunftsfähige Stadt zu erhalten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Tobias Dannenberg

Bürgermeister